

“مدن الترحاب”

dt.: Willkommensstädte

Willkommensstädte

Studienprojekt der Werkstatt Sozialraumanalyse

Bauhaus-Universität Weimar

Abschlussbericht

Autor_innen:

Prof. Dr. Frank Eckardt, Anna Marie Steigemann M.A., Franziska Werner M.A.

Weimar, 27. Juli 2015

Bauhaus-Universität Weimar

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Werkstatt Sozialraumanalyse.....	4
3. Vorgehensweise.....	6
4. Lokale Studien	7
4.1 Artern.....	8
4.2 Erfurt.....	11
4.3 Gera.....	17
4.4 Jena.....	19
4.5 Meiningen-Jerusalem	23
4.6 Mühlhausen	30
5. Ergebnisse	36
6. Empfehlungen.....	37
7. Perspektiven	40

1. Einleitung

Die Ankunft von Flüchtlingen aus den Krisengebieten der Welt hat Thüringen in den letzten Monaten – wie überall in Deutschland – vor viele Herausforderungen gestellt. Davon sind auch die Universitäten nicht ausgenommen. Im Laufe des Wintersemesters 2014/15 begann das Thema unsere Feldstudien in thüringischen Kommunen zu überlagern, so dass Bürger_innen und Akteure vor Ort uns die Notwendigkeit signalisierten, dass dieses Thema die Anstrengungen aller bedarf. Auch von Seiten unserer Studierenden wurde eingefordert, dass die Bauhaus-Universität mit seiner Geschichte als einer, der Gesellschaft verpflichtete Ausbildungsstätte sich einbringen soll. Als schließlich auch Studierende aus dem Mittleren Osten, insbesondere aus Syrien, sich mit der Frage an uns wandten, was man denn tun könne, um zur Integration der Flüchtlinge beitragen zu können, beschlossen wir, im Sommersemester 2015 das Thema aufzugreifen und begannen mit dem Projekt „Willkommensstädte“. Was dann folgte, war ein intensiver und nicht abgeschlossener Lernprozess von Studierenden und Dozent_innen, den wir hier dokumentieren wollen.

Wir haben den Eindruck, dass wir hierbei aber im Grunde das Gleiche erleben wie viele, die in der aktuellen Situation versuchen zu verstehen, wie der Aufnahmeprozess lokal gut gestaltet werden kann. Die Komplexität, Geschwindigkeit und der Umfang der Probleme, die dabei in den Blick gerieten, hat die „Willkommensstädte“ zu unserem bisher anspruchsvollsten Projekt gemacht. Mit doppelt so vielen Studierenden als normalerweise (30 deutschsprachige und zehn arabischsprachige) und sechs Kommunen konnte in der kurzen Zeit des Sommersemesters (April-Juli) nur streckenweise dem Anspruch gerecht werden, den wir uns gesetzt hatten. In diesem Sinne ist auch der folgende Bericht eher als Zwischenstand zu betrachten, der weitere Fragen aufruft, die abschließend aufgeführt werden.

Ungeachtet der beschränkten Einsichten, die sich durch die Kürze der Bearbeitung ergeben haben, sind wir allerdings der Meinung, dass sich durchaus Beobachtungen ergeben haben, die für die weitere Diskussion und Gestaltung der Willkommenskultur auf wichtige Themen hinweisen,

die politisch und gesellschaftlich in Angriff genommen werden sollten. Die Ergebnisse des Studienprojekts zu verschriftlichen soll ermöglichen, mit allen interessierten Partner_innen über den Prozess der Flüchtlingsintegration weiter zu reflektieren und gemeinsame Perspektiven zu formulieren. Wir gehen davon aus, dass die Willkommenskultur in Thüringen ein großes Maß an Reflektion und Kommunikation, aber auch an Professionalisierung und Weiterbildung der beteiligten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure benötigt. Dazu mögen die im Folgenden dargestellten Beobachtungen beitragen.

2. Werkstatt Sozialraumanalyse

Die seit 2013 etablierte „Werkstatt Sozialraumanalyse“ an der Bauhaus-Universität Weimar bemüht sich, darum Studierenden der Stadtplanung die gesellschaftlichen Herausforderungen an Stadtentwicklung zu vermitteln. Auf den Punkt gebracht bedeutet das, dass die zukünftigen Stadtplaner_innen von Beginn an lernen sollen, dass mit dem Planen, Bauen und Gestalten der Stadt wichtige Antworten auf die Frage nach unserem Zusammenleben gegeben werden. Um dies zu verstehen, ist es notwendig, dass die Sichtweisen auf die verschiedenen Ansprüche, die Menschen in der Stadt haben, kennenzulernen. Ausgangspunkt ist die Anerkennung sozialer und kultureller Diversität. Städte sollen nicht mehr für den abstrakten Menschen gebaut werden, sondern für Bürger_innen, die durch ihre jeweilige Lebenslage unterschiedliche Perspektiven auf die Stadt haben. In diesem Sinne widmete sich die Werkstatt bisher den jeweiligen Sichtweisen und Bedürfnissen von beispielsweise Jugendlichen, Senior_innen, Behinderten oder etwa den Bewohner_innen von Plattenbau-Gebieten oder Kleinstädten.

Die „Werkstatt“ verfolgt dabei den Ansatz, dass über die betreffenden Städte zunächst explorativ geforscht werden muss und dass es die Aufgabe der Forschung ist, nachvollziehbare Beschreibungen und Beobachtungen zu erstellen. Die Arbeit wird dabei von einer Problemzentrierung geleitet, die sich in der Interaktion mit lokalen Akteuren herauskristallisiert hat. Diese Problemdefinition soll möglichst mit den betroffenen Bürger_innen formuliert werden. Die Hervorhebung der Problemzentrierung ist vor allem deshalb für die „Werkstatt“ wichtig, weil sie sich bis zu einem bestimmten Grad selbst auch als Akteur

verstehen muss. Die Bauhaus-Universität Weimar ist in Thüringen als eine regionale Institution der Wissensvermittlung über den Bereich der Lehre eingebettet, womit sie auch eine Verantwortung für Thüringen hat. Die Weimarer „Werkstatt“ kann und will sich deshalb nicht auf eine Beobachterposition zurückziehen.

Im Unterschied zu planerischen Projekten können Forschungen über die gesellschaftliche Entwicklung von Städten weder inhaltlich noch zeitlich in der Weise eingegrenzt werden, dass sie zu angemessenen Antworten führen können. Die Notwendigkeit der kontinuierlichen Beschäftigung mit den sozialen Aspekten in Thüringen hat deshalb dazu geführt, dass mit der „Werkstatt“ ein universitäts-internes, semesterübergreifendes Lehrangebot entwickelt wurde. Nachdem in den letzten Jahren mit Studierenden Projekte zu einzelnen Themen ein Semester lang erforscht wurde, besteht nun die Möglichkeit, dass Studierende über mehrere Semester ein Thema und eine Kommune untersuchen können. Ausgangspunkt sind die Problemdefinition von lokalen Akteuren und das freiwillige Engagement der Studierenden.

Der methodische Ansatz der „Werkstatt“ lässt sich als eine partizipative oder aktivierende Methodik beschreiben. Dabei werden die Studien als explorativ entworfen und nicht von bestimmten theoretischen Ansätzen motiviert. Hierbei werden methodologisch eher Forschungstraditionen aufgegriffen, die sich ihrem Forschungsgegenstand induktiv nähern. Überschneidungen zu „action research“ (AR) ergeben sich, weil wie bei diesen bei der „Werkstatt“ eine Problemorientierung am Beginn der Forschung steht. In Abgrenzung zu AR – und auch zu anwendungsorientierten Arbeiten – ist aber das Ziel der Forschung nicht die unmittelbare Veränderung einer Situation. Als Ergebnis der bisherigen Arbeiten, ist vielmehr als ein Grundbedürfnis vielerorts erkannt worden, dass es umfassende Kommunikationsprobleme gibt, auf die die Werkstatt durch Kommunikations-, Reflektions- und Informationsangebote im Allgemeinen reagieren will.

3. Vorgehensweise

Das Studienprojekt „Willkommensstädte“ folgte der allgemeinen Herangehensweise der „Werkstatt“, wie unter Abschnitt 2 beschrieben. Das bedeutete, dass sich auf die freie Ausschreibung im Vorlesungsverzeichnis Studierende mit sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen meldeten. Vom 2. Semester Bachelor bis zum Post-Doc-Nachwuchswissenschaftler, der nun eine Professur angeboten bekommen hat, war das ganze Ausbildungsspektrum vorhanden. Die Arbeit wurde einerseits in „lokale Gruppen“ aufgeteilt und andererseits begleitend in Weimar durch wöchentliche Seminare und Trainings geleistet. Gewünscht war eine in etwa gleiche Verteilung von deutschen und arabischen Studierenden, die aber in einem Fall nicht durchgehalten werden konnte, weswegen in Meiningen keine Interviews mit Flüchtlingen durchgeführt wurden. In diesem Fall war durch die Themenwahl eine angemessene Aufgabenstellung auch ohne Flüchtlingsinterviews umgesetzt worden (s. Abschnitt 4.5).

Die Arbeit der Gruppen verlief in drei Phasen. Nach einer explorativen Phase, in der die unterschiedlichen Situationen vor Ort kennengelernt wurden, folgte die Befragung der Flüchtlinge und auch weiterer Akteure in den jeweiligen Kommunen. Die Exploration diente vor allem dem Zweck, eine relevante Thematik mit den Partner_innen zu definieren. Damit sollte ermöglicht werden, dass ein gewisser Fokus bei der anschließenden Befragung verfolgt werden kann. Dieser wurde in der Tat mehr oder weniger durch die Gruppenarbeit auch beibehalten. Neue Einsichten und Problemstellungen tauchten aber ebenfalls im Laufe der Arbeit auf, die es teilweise ebenfalls zu berücksichtigen galt. Schließlich sollten in der Abschlussphase die Studierendengruppen über mögliche Schlussfolgerungen aus ihrer Arbeit reflektieren und dazu gegebenenfalls noch zusätzliche Recherchen anstellen. Letzteres fiel aufgrund der universitätsinternen Organisation der Prüfungen in diesem Jahr wesentlich kürzer aus als geplant.

Die Gruppenarbeit wurde durch ein Lehrangebot unterstützt, mit dem einerseits eine kontinuierliche Supervision der Gruppen geleistet und andererseits bestimmte Kompetenzen der Feldforschung eingeübt werden sollten. Hierzu gehört ein zweifaches Methodentraining, wobei

insbesondere das Führen von Interviews trainiert wurde. Des Weiteren wurde ein interkulturelles Training organisiert, bei dem vor allem die arabischen Studierenden durch ihre persönlichen Erfahrungen den deutschen Studierenden Einblicke in Kultur, Gesellschaft und Religion von Menschen aus dem Mittleren Osten vermittelt haben. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung zum Thema Migration wurde durch ein wöchentliches Seminar von Franziska Werner geleistet.

4. Lokale Studien

Im Folgenden soll zusammengefasst dargestellt werden zu welchen Themen und mit welcher Methodik in den einzelnen Kommunen die studentischen Arbeiten ausgeführt wurden. Der Übersichtlichkeit halber wird eine Beschreibung der konkreten Umständen der Flüchtlingsunterbringung nur insoweit vorgelegt, so dass die thematische Fokussierung und die abschließenden Reflektionen der jeweiligen Gruppe nachvollziehbar werden. Damit wird erreicht, dass die lokalen Akteure vor Ort sehen können, was die Studierenden zur Kenntnis genommen haben und was sie eventuell übersehen oder falsch verstanden haben. Es muss betont werden, dass weder das Projekt im Ganzen noch die nachstehenden Zusammenfassungen beanspruchen, die Situation von Flüchtlingen in den Städten in Gänze zu repräsentieren.

Die Auswahl der Kommunen erfolgte in einem dynamischen Prozess. Zunächst sollten, so hatten wir uns erhofft, nur eine bis zwei Kommunen ausgewählt werden, die in einer pro-aktiven Weise die Willkommenskultur bereits eingeführt haben. Aus diesem ursprünglichen Gedanken leitet sich auch der Name des Projektes „Willkommensstädte“ ab. Unsere Recherchen haben uns allerdings in dieser Weise nicht fündig werden lassen. Wir waren aber überzeugt, dass es in Thüringen genügend lokale Akteure gibt, die sich – vielleicht nicht in der von uns zunächst gedachten, plakativen Form – im Sinne einer Willkommenskultur engagieren. Eine Rundmail an alle THINKA-Büros bestätigte diesen Eindruck. Daraus entstanden Kontakte zu den Städten Artern, Meiningen und Erfurt. Die drei anderen Kommunen –

Mühlhausen, Gera und Jena – wurden aufgenommen, weil uns dort bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge im Besonderen aufgefallen ist. Im Laufe der Arbeit entstanden noch Kontakte in andere Kommunen, aber aus Kapazitäts- und Zeitgründen konnten diese nicht mehr in das Projekt „Willkommensstädte“ integriert werden.

4.1 Artern

Artern war für das Projekt „Willkommensstädte“ von besonderer Bedeutung, da diese Kleinstadt einen Aufnahmeort repräsentiert, der für die thüringische Situation repräsentativer ist als die Großstädte Jena oder Erfurt. Die Herausforderungen an eine Willkommenskultur ergeben sich hierbei durch die geographische Lage, die eine Distanz zu wichtigen übergeordneten Versorgungseinrichtungen des Landes bedeutet. Dies wurde bei einem ersten Besuch am 23. März 2015 deutlich, der als Auftakt für die Arbeit der Studierendengruppe gelten kann.

Obwohl Artern durch seine periphere Lage die Situation von Flüchtlingen in einer Kleinstadt in Thüringen typisch widerspiegelt, ist die Stadt durch die Repräsentation des ThINKA-Büros und der dort tätigen Sozialarbeiterin in einer glücklichen Lage. Damit werden vor Ort auftretende Probleme schnell sichtbar und behandelbar. Ausdruck dessen ist eine umfassende Liste von Themen, Schwierigkeiten und Problemen, die das ThINKA-Büro in Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde erstellt hat. Dabei geht es im Kern um die Schwierigkeiten der Kommunikation, die sich durch die unterschiedlichen Sprachkompetenzen aufseiten der Flüchtlinge und der deutschen Bevölkerung ergeben.

Die Arbeit des ThINKA-Büros und der Ausländerbehörde vor Ort sind am Ziel der Integration der Flüchtlinge, der Stärkung der Nachbarschaft, der Hilfe im Alltag und mit bürokratischen Anforderungen ausgerichtet. Hierbei ist die Anwesenheit der Thinka-Mitarbeiterin und des Vertreters der Ausländerbehörde der Schlüssel für diese integrative Arbeit. Am 11. Juni 2015 wurde die „Begegnung der Kulturen“ organisiert, die ein Kennenlernen und Zusammensein von Flüchtlingen und deutschen Bewohner_innen ermöglichte. An dieser Veranstaltung hat auch die Studierendengruppe teilgenommen, um Kontakt zu lokalen Akteure und Flüchtlinge zu bekommen und sich einen eigenen Eindruck dieser Aktion zu verschaffen.

Aus den Begegnungen, Beobachtungen und Gesprächen wurde folgende SWOT-Analyse erstellt.

<p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> • ThINKA • Deutschkurse in der Grundschule • Zivilgesellschaftliches Engagement der Stadtbewohner_innen • Soziale Organisationen Tali/ Volkshilfe • Dezentrale Unterbringungen der Flüchtlinge • Da fast alle Flüchtlinge über Smartphones verfügen, können sie mit Bekannten und Verwandten über ihre Telefone und Zugang zu Internet in Verbindung bleiben 	<p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftliche Situation in Artern, wonach dem Fall der Mauer die größten Arbeitgeber_innen wegfielen (Rohrzuckerfabrik und Kyffhäuser Hütten) • Hohe Arbeitslosigkeit (1998: 32% höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland) • Rückgang/ Abbau der Infrastruktur (medizinische Allgemein – und Facharztversorgung, Schulen, etc.) • Schwache Vernetzung mit anderen / größeren Städten • Kaum/ Keine Integration • Kommunikationshürden, z.B. gibt es nur eine_n ehrenamtliche_n Helfer_in mit Arabischkenntnissen in Rossleben • Hoher Grad an Bürokratie • Wenige Netzwerke zwischen den Organisationen. • Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetz steht den Geflüchteten steht nur eine Notfallversorgung im medizinischen Bereich zu • Begrenzte, temporär beschränkte Aufenthaltsgestattung • Mangel an ausgebildeten Mitarbeiter_innen für die Einzelfallpflege, wie etwa eines Mentors oder „Buddy“, die die Geflüchteten begleiten
<p>Chancen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Viele lokale Einrichtungen und Vereine, wie etwa das Jugendzentrum und verschiedene Sportvereine (Fußball, Volkssolidarität, etc.) • Steigendes Interesse seitens der Vereine an den geflüchteten Kindern Jugendlichen als neue Vereinsmitglieder • Arbeitserlaubnis • Events (Begegnung der Kulturen) • Neu renoviertes Stadtzentrum mit etwas Einzelhandelsgeschäften und Discountern • Landesprogramm und -zuschüsse sollen Investoren anziehen, die lokale Wirtschaft ankurbeln und eventuell auch eine bessere Autobahnanbindung ermöglichend • Dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in Artern. 	<p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> • Jungenzentrum hat wenig Akzeptanz, Jugendliche treffen sich daher häufig im öffentlichen Raum/außerhalb der Einrichtungen • Migration ist eine neue Herausforderung für Artern • Zuwanderung wird nicht von der lokalen Bevölkerung akzeptiert • Die Flüchtlinge leben in Unsicherheit und Angst in Artern • ThINKA ist überlastet und z. T. auch überfordert durch die viele Flüchtlingsarbeit • Krankenversicherung für die Flüchtlinge • Schlechte oder Fehlkommunikation • Schlechter Bauzustand der Unterbringungen (Plattenbau), die Versorgung durch hauptsächlich die lokale Tafel funktioniert weitestgehend

Abbildung 1 SWOT-Analyse Artern

In der Interpretation für das weitere Vorgehen, war dabei das Thema gesundheitliche Versorgung und Kommunikation gewählt worden. Diese Themenwahl war auch motiviert worden durch berichtete Notfälle, in denen eine angemessene medizinische Betreuung durch fehlende Kommunikation, die geographischen Distanzen und eingeschränkte Mobilitätsstrukturen erheblich erschwert war.

Bei der Recherche nach möglichen Verbesserungen für diese Situation stießen die Studierenden schnell auf die Organisation MediNet in Jena. Die Ausbreitung der Aktivitäten von MediNet außerhalb von Jena scheint eine wichtige Option zu sein, um in Städten wie Artern einen Anschluss für medizinische Versorgung und Übersetzungen im Bereich der Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Die geringen Kapazitäten von MediNet und die verstreute Ansiedlung der Flüchtlinge wirken aber einer flächendeckenden Angebotsentwicklung entgegen, so dass die Studierenden eine vernetzte, ambulante Struktur empfehlen, die es gilt technisch zu unterstützen. Dazu hat die Gruppe folgende Ideen entwickelt:

1. Die Kommunikation zwischen den bestehenden Organisationen sollte verbessert werden, etwa zwischen den THINKA-Büros und MediNet.
2. Man sollte die Gelegenheiten des BUFDI (Bundesfreiwilligendienst) eruieren, um Freiwillige für Aufgaben in Städten wie Artern zu gewinnen.
3. Eine dezentrale Übersetzungshilfe sollte entwickelt werden (in Form einer App oder Telefonhotline).
4. Studentische Praktika sollten in Städte wie Artern vermittelt werden, wobei vorzugsweise Studierende vermittelt werden sollten, die Deutsch lernen und Arabisch sprechen können.
5. Mehr Möglichkeiten für Flüchtlinge, um Deutsch zu lernen, sollten angeboten werden.
6. Regelmäßige arabischsprachige Sprechstunden von Ärzt_innen sollten eingerichtet werden.
7. Die Entwicklung eines deutsch-arabischen Manuals für die ersten Schritte der Flüchtlinge in Deutschland erscheint notwendig.
8. Begegnungsmöglichkeiten sollten geschaffen werden.
9. Vernetzung der Flüchtlinge in Thüringen (etwa über den „Thüringer Flüchtlingsrat“) insgesamt sollte angestrebt werden.

4.2 Erfurt

Erfurt ist die Landeshauptstadt, die größte Stadt und eines der drei Oberzentren (Jena, Gera) des Freistaates Thüringen. Daher sind auch alle wichtigen Institutionen neben den Landesbehörden und dem katholischen Bistum Erfurt in der Stadt konzentriert. Die Wirtschaft der Stadt ist somit vor allem von Verwaltung und Dienstleistung geprägt, aber bietet auch Beschäftigung in verschiedenen Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau, der Logistik-Branche, sowie in der Mikroelektronik. Die Stadt hat rund 205 000 Einwohner_innen. Bevor der Flüchtlingszuzug der letzten Jahre begann, lag der Anteil der sogenannten ausländischen Bevölkerung 2012 bei 3,8 % mit vor allem Osteuropa bzw. den GUS-Staaten und Vietnam als den Hauptherkunftsregionen.¹ In der Großstadt gibt es daher nur wenige Viertel mit hervortretender „ethnischer“ Infrastruktur, wie z.B. religiösen Einrichtungen, von Migrant_innen geführten Geschäften oder Netzwerken, die den neu ankommenden Menschen hilfreich sein könnten. Die Stadt Erfurt nimmt in absoluten Zahlen Thüringenweit die meisten Flüchtlinge auf, momentan sind dies rund 800 Menschen, ausgestattet ist die Stadt allerdings nur mit einer Infrastruktur für maximal 747 Menschen.² Während Thüringen insgesamt nur 2,8% (Königsteiner Schlüssel) aller Flüchtlinge in Deutschland aufnimmt und in Thüringen der Anteil von Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft lediglich bei von 2,6% liegt (2014)³, sind in Erfurt nur 0,4% der Stadtbewohner_innen Flüchtlinge und Asylsuchende.

Die meisten der Flüchtlinge in Erfurt sind in Sammelunterkünften untergebracht, viele davon liegen eher am Stadtrand und in Großwohnsiedlungen in Plattenbauweise. Auf der folgenden von der Studierendengruppe erstellten Karte sind die Flüchtlingsunterkünfte mit kleinen Kreisen markiert. Daraus geht hervor, dass in etwa die Hälfte aller Unterbringungen eher am Stadtrand liegen.

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Erfurt>, 21.07.2015.

² <http://fluechtlingsrat-thr.de/index.php/downloads/34-ratgeber/490-neu-infoheft-qflucht-und-asyl-in-thueringenq>, 21.07.2015.

³ <http://www.fluechtlingsrat-thr.de/sites/fluechtlingsrat/files/pdf/Beratungshilfe/webversion-fluechtlingsratthuer-hefta5-web.pdf>, S. 27, 06.08.2015.

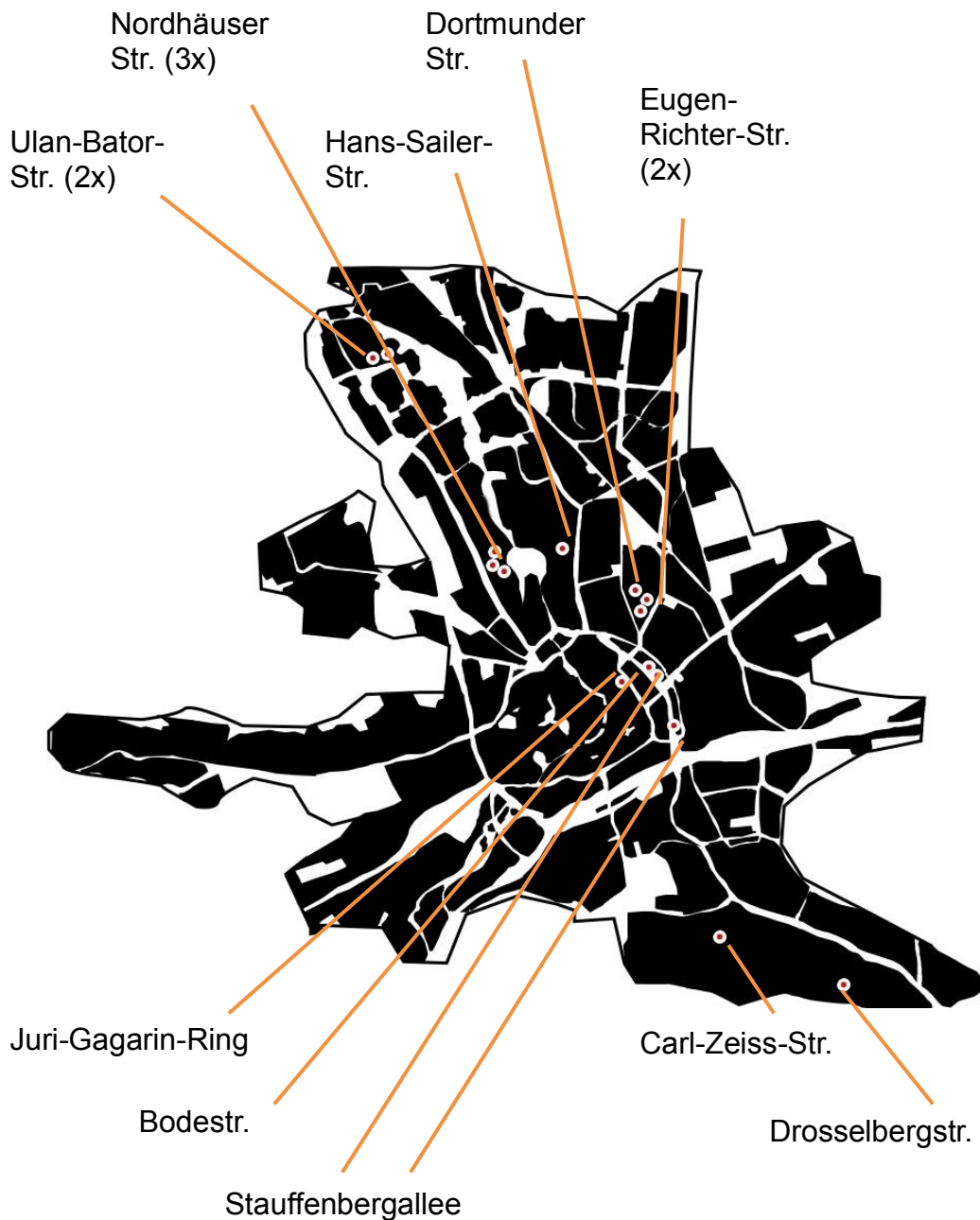


Abbildung 2 Kartierung der Unterbringungsorte von Flüchtlingen in Erfurt (Eigene Darstellung)

Als Großstadt zeigt Erfurt zahlreiche zivilgesellschaftliche, kirchliche und staatliche Initiativen, Institutionen und Organisationen auf, die sich der Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge widmen (s. Abbildung 3). Oft herrscht aber dennoch kaum bis wenig Interaktion und Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren vor, auch beschränken sich viele der Akteure nur auf einzelne Handlungsfelder und haben daher einen wenig holistischen Zugang bzw. kaum einen Überblick über die anderen relevanten Institutionen.

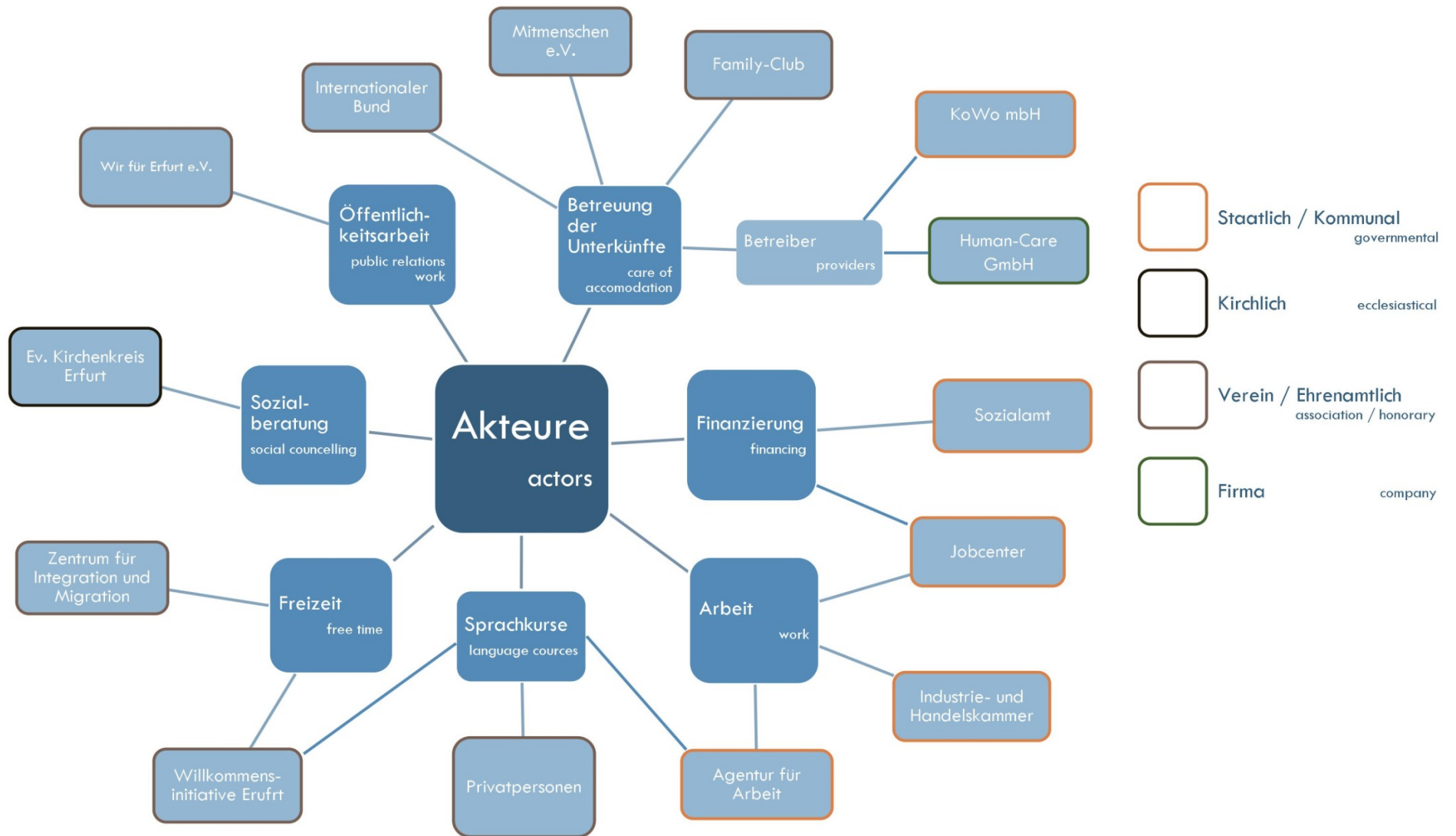


Abbildung 3 Akteursnetzwerk in Erfurt (Eigene Darstellung)

Nach einer ersten Klärung der Fragen, wo, wie und wie viele Flüchtlinge in Erfurt untergebracht sind und welche Akteure sich wie mit den verschiedenen Flüchtlingsgruppen beschäftigen bzw. zuständig sind, versuchten die Studierenden den sozialräumlichen Kontext Erfurt, nach Stärken und Schwächen hinsichtlich der Generierung einer Willkommenskultur zu analysieren.

<p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> • Große Vielzahl an lokalen Initiativen, Aktionen und ehrenamtlichen Engagement • Die verschiedenen Akteure stehen in Kontakt miteinander, sind gut vernetzt • Erfurt als Landeshauptstadt sieht sich als symbolischen Vorreiter für eine "Willkommenskultur" die Größe der Stadt bietet mehr Potential für Integration und Entwicklung dieser • Weniger Ressentiments/ Widerstand von der lokalen Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten • Viele verschiedene Unterbringungsorte und -formen und damit weniger Konzentration an einem Ort 	<p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sprachbarrieren erschweren die bestehenden Kommunikationsdefizite zwischen den Flüchtlingen und den versorgenden Akteuren; zudem haben die Flüchtlinge nur sehr restriktiv Zugang zu Sprachkursen • Die wenigen Flüchtlinge mit Deutsch oder Englischkenntnissen arbeiten zwar als Übersetzer_innen, sind damit aber überlastet • Die Unterbringungen funktionieren als "crossing stations" → sobald der Status geklärt ist, müssen die Flüchtlinge entweder ausziehen oder sich um eine Verlängerung bewerben • Kaum soziale Interaktionen, insbesondere Frauen sind oft isoliert • Kein offizielles Informationsmaterial über geforderte Verhaltens- und Hausregeln, Versorgung, Einrichtungen • Kein Internet- oder TV-Zugang, womit die Kommunikation mit den Verwandten und Bekannten sehr erschwert wird, • Keine wirklichen Arbeitsmöglichkeiten
<p>Chancen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfurt als Großstadt → Integration Angebote urbane Bevölkerung • Asylsuchende als soziale Bereicherung • Solide und langfristige Willkommenspolitik hohes privates Engagement • Integration in die Universitäten zur Weiterführung des Studiums für Flüchtlinge • Arbeitsmarkt 	<p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zuständigkeiten sind nicht ausreichend geklärt • Kein effektives Monitoring • Mit dem Ankommen von immer mehr Flüchtlingen sind der öffentliche Sektor und die Initiativen überfordert

Abbildung 4 SWOT-Analyse Erfurt

Um die SWOT-Analyse durchzuführen, zog die Studierendengruppe, die sich sowohl aus deutschsprachigen als auch arabischsprachigen Studierenden zusammensetzte, auch statistische Daten zur sozialen und wirtschaftlichen Situation Erfurts und der Flüchtlinge heran und sondierten darüber hinaus auch den rechtlichen Rahmen, in welchem die Flüchtlinge untergebracht, versorgt und weiter wirtschaftlich, sozial und kulturell integriert werden sollten bzw. dürfen. Anschließend koppelten sie diese Daten an die Kartierung der Erfurter Flüchtlingsunterkünfte, woraus erste Disparitäten der Versorgung offensichtlich wurden. Aus diesem Grund legten die Studierenden auch den thematische Fokus auf „Arbeit, Bildung und Freizeit“ bzw. die Möglichkeiten und der Zugang zu diesen Bereichen für Flüchtlinge. Dafür wurden verschiedene Interviews mit Sozialarbeiter_innen und Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak durchgeführt.

Die Interviews ergaben, dass die Unterbringung in der Eugen-Richter-Straße als die beste Unterkunft beschrieben wurde. Diese ist auch eine der zentraler liegenden, in welcher die Flüchtlinge sich eigene Wohnungen mit innenliegenden Küchen und Bädern teilen. Als normales Wohnhaus mit „privaten“ Wohnungen sind die Flüchtlinge auch zumindest vor Ort keiner kontrollierenden und überwachenden Instanz unterstellt. Dabei gibt es sowohl Wohnungen für Einzelpersonen, die sich in der Regel zu zweit eine Wohnung teilen, als auch Wohnungen für Familien, womit zumindest ein minimaler Grad an Privatsphäre gewährleistet ist. Allerdings kritisieren die Interviewpartner_innen, dass es in der Unterkunft keinerlei Fernseh- oder Internetanschlüsse gibt – auch nach Anerkennung des Aufenthaltsstatus haben sie somit kaum Zugang zu medialen und internetbasierten Informationen wie etwa über die Geschehnisse in ihren Herkunftsländern oder über verbliebene Familienmitglieder. Stark kritisiert wird auch, dass nach Anerkennung ihres Asylstatus, alle die Wohnungen nach einem Monat wieder verlassen müssen – geknüpfte Kontakte und Anfänge von Alltagsroutinen werden dadurch wieder zerstört. Aufgrund der Ressentiments von anliegenden Stadtbewohner_innen haben sowohl die dort untergebrachten Kinder als auch ihre Eltern Angst, die „deutschen“ Nachbar_innen zu stören etwa durch die Benutzung der öffentlichen

Flächen rund um die Flüchtlingsunterkünfte. Aufgrund dieser Angst schränken viele der Flüchtlinge ihre Mobilität zusätzlich ein.

Die meisten sozialen Aktivitäten, die Flüchtlinge nachgehen können, müssen von den Sozialarbeiter_innen koordiniert werden, welche sich oftmals davon überfordert fühlen. Zudem wird in den Interviews mit den Flüchtlingen und Sozialarbeiter_innen angemerkt, dass es keine oder kaum soziale und freizeitleiche Angebote gibt. Somit gibt es kaum Rückzugsorte bzw. Orte, in welchen sich beispielsweise Frauen unter sich treffen, helfen und gegenseitig informieren können. Insofern als dass sie bereits Kontakte zu anderen Flüchtlingsfrauen geknüpft haben, treffen sie sich daher meist in den (kleinen) Wohnungen oder gehen gemeinsam einkaufen. Dies bedeutet, dass sich insbesondere die Frauen zusätzlich in den Unterkünften zurückziehen und isolieren – während die Männer sich häufiger auf den Straßen vor den Unterkünften und den bestehenden „arabischen“ Cafés in der Stadt treffen und damit freier bewegen können.

Die Flüchtlinge und Sozialarbeiter_innen sehen Deutschkurse als äußerst wichtig für die weitere Integration in Erfurt, aber auch für die Gestaltung von Freizeitaktivitäten und den Zugang zu Bildung und Arbeit. Erst wenn der Aufenthaltsstatus geklärt und anerkannt wurde, haben die Flüchtlinge Zugang auf Deutschkurse, was bedeutet, dass davor mehrere Monate ohne jegliche Beschäftigung, Abwechslung und häufig Struktur den Flüchtlingen zugemutet werden. Laut den Flüchtlingen fühlen sie sich daher häufig gänzlich „verloren“ in dieser Zeit.

Weiter fanden die Studierenden durch die Interviews heraus, dass sowohl das Deutschangebot für Kinder als auch die Eingliederung in Schulen unzureichend ist und zu lange dauert. Damit wird die Chance einer schnellen Integration dieser vergeben: Bevor Kinder und Jugendliche überhaupt Schulen besuchen dürfen, müssen diese 1 600 Stunden Intensivdeutschkurse belegen und dann fristgerecht damit zum Schulanfang bzw. Semesteranfang fertig sein und einer Schule zugeteilt sein, was in vielen Fällen bedeutet, dass Kinder mehr als sechs Monate ohne Zugang zu Bildung oder anderen Aktivitäten verbringen müssen. Dies gilt in ähnlichem Rahmen für den Zugang zu Arbeit für erwachsene Flüchtlinge in Erfurt. Die Interviews zeigen, dass die Möglichkeiten einer

Beschäftigung hauptsächlich von persönlichen Netzwerken sowohl der Flüchtlinge als auch der Sozialarbeiter_innen abhängen.

Die Studierenden schlagen auf der Basis ihrer Forschung daher vor, dass eine „Community Plattform“ errichtet werden soll, auf der alle Akteure sich beteiligen und vernetzen können. Darüber hinaus empfehlen die Studierenden für alle Erfurter Flüchtlingsunterkünfte Gemeinschaftsräume, die mit Fernsehern und Computern ausgestattet sind, um die Kommunikation mit anderen Flüchtlingen, Sozialarbeiter_innen, interessierten Erfurter_innen, den Angehörigen in den Herkunftsländern als auch Informationen über gesetzliche Grundlagen, Einrichtungen, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten vor Ort und in Deutschland zu ermöglichen.

4.3 Gera

Die Ausgangslage in der drittgrößten Stadt Thüringens stand von Beginn an des Projektes im Kontext der kontroversen Debatten, um die Entscheidung der Landesregierung im Herbst 2015 eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung zu eröffnen. Damit einher gingen auch die Gründung und der Protest einer Initiative dagegen, in der sich neben Bürger_innen auch Neonazis und Rechte zusammenfanden. Unter diesen Vorzeichen spielte diese Thematik in den Interviews und Untersuchungen der Studierenden immer wieder eine nicht geringe Rolle. Nichtsdestotrotz und auch gerade aufgrund der Brisanz dessen haben sich die Studierenden dafür entschlossen einen anderen Schwerpunkt zu setzen, der ebenfalls aus den Gesprächen als ein zentrales Thema identifiziert werden konnte. Der Vergleich der Perspektiven zwischen Flüchtlingen (intern) und Unterstützer_innen (extern) in Bezug auf die Aspekte Kommunikation, Arbeit und Zukunftspläne stehen im Mittelpunkt der Analyse in Gera.

Gespräche wurden von der Studierendengruppe daher einerseits mit zwei Personen aus dem unterstützenden Netzwerk geführt, zu denen neben dem „Freundeskreis für Flüchtlinge in Gera“, der Verein Akzeptanz, die Diakonie und das Jugendhaus Shalom gehören. Zu einigen Flüchtlingen konnte ein intensives Verhältnis in der Kürze der Zeit entstehen, aus dem sich dann vier Interviews mit jungen Männern aus Syrien ergaben. Inhaltlich waren die Gespräche in drei Aspekte

strukturiert: erstens die Gründe der Flucht, zweitens die Erfahrungen vor Ort in der Stadt und abschließend die Ziele, Wünsche und Perspektiven.

Die zentralen Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung der internen Sicht der Flüchtlinge und jener externen der Unterstützenden sowie mögliche Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Gera sind in der folgenden Übersicht zusammengeführt.

Ergebniszusammenfassung Gera:			
	Gemeinsamkeiten	Unterschiede	Vorschläge
Kommunikation	Schwierigkeiten: Sprache; Missverständnisse	Schlechte bzw. gute Verbindungen zu Unterstützungs-Netzwerk	Mehr Sozialarbeiter_innen am besten mit verschiedenen Sprachkenntnissen, nicht-deutschen Hintergrund bzw. interkulturellen Kompetenzen
Arbeit	Bereitschaft der Flüchtlinge vorhanden (jedoch keine Arbeitsplätze)	Deutsche Regularien, Ressentiments, & Restriktionen; nicht genügend Arbeitsplätze	Einführungskurse, alternative Angebote schaffen, informelle soziale Begegnungen ermöglichen
Zukunftspläne	Wunsch die Stadt zu verlassen	Flüchtlinge sollen bleiben; Wegzugsgründe: Bildung, Freizeit bzw. Stadtimage	Die Bedürfnisse mehr ernst nehmen und beachten als starre Regularien aufstellen

In Bezug auf den Aspekt der Kommunikation ist generell von beiden Seiten auf die Schwierigkeiten in der Verständigung verwiesen worden. Es gibt einerseits zu wenige Menschen, die beispielsweise arabisch sprechen und als Dolmetscher_innen vermittelnd zur Verfügung stehen dadurch ergeben sich Informations- und Wissenslücken sowie Missverständnisse. Uneinigkeit bestand jedoch darüber, inwieweit die Anbindung und Erreichbarkeit zum Netzwerk der Unterstützenden und Ehrenamtlichen die Probleme auffangen kann und überhaupt das Angebot die Flüchtlinge erreicht. In Bezug auf die Möglichkeit für Flüchtlinge zu arbeiten bzw. den Zugang zu verschiedenen Formen der Arbeit wurde zunächst die allgemeine Bereitschaft der Flüchtlinge dazu

konstatiert. Bei der Diskussion der Ursachen, wodurch eine Aufnahme von Arbeit erschwert wird, ergaben sich wiederum Unterschiede. Einerseits ist der deutsche, rechtliche Rahmen etwa im Sinne der Vorrangprüfung und Vorbehalte deutscher Arbeitgeber_innen gerade von Seiten der Flüchtlinge thematisiert worden während andererseits durch die Unterstützer_innen eher die schlechte Arbeitsmarktsituation in Gera hervorgehoben wurde. Für die Zukunftspläne von Flüchtlingen in Verbindung auf die Stadt überwog bei allen die Einschätzung, dass der Wunsch Gera zu verlassen, primär vorherrscht. Die Differenzen ergaben sich jedoch wieder in den Gründen dafür. Für die befragten Flüchtlinge stehen die Möglichkeiten zu weiterführenden Bildungseinrichtungen und verschiedensten Freizeitaktivitäten im Vordergrund. Aus sich des Unterstützer-Netzwerks spielen vor allem die Stimmung und Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung einer Rolle, weshalb aber auch der Wunsch geäußert wurde, eine willkommen-heißende Situation sind entwickeln, sodass sich dieser Wegzugwunsch möglicherweise auch wandelt. Die Perspektive die Flüchtlinge auch als Chance für die Stadt Gera zu begreifen, wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls angeführt.

Aus dieser Bestandsaufnahme der Situation haben die Studierenden abschließend mögliche Ideen entwickelt, den verschiedenen Problemen in Bezug auf die drei zentralen Aspekte begegnen zu können. Das Finden und Einstellen von interkulturell und sprachlich vielseitig ausgebildeten Sozialarbeiter_innen in der Flüchtlingsarbeit ist eine Möglichkeit gerade die Kommunikationsstrukturen zu verbessern. Einführungskurse oder Trainingsprogramme in verschiedenen Arbeitsfeldern sowie das Schaffen niedrigschwelliger Begegnungsräume könnten zunächst informelle Angebote zur Beschäftigung bieten. Und nicht zuletzt scheint das Ernstnehmen der Bedürfnisse und Belange der Flüchtlinge im gegenseitigen Austausch die zentrale Voraussetzung für eine gelingende Entwicklung des Ankommens und darüber hinaus für das Entstehen einer Willkommenskultur in Gera zu sein.

4.4 Jena

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Jena erfolgt in verschiedenen Gebieten der Stadt. Die Studierendengruppe hat sich hauptsächlich in den randstädtisch, im Süden der Stadt gelegenen Stadtteilen Jena-

Winzerla und Jena-Lobeda die Situation vor Ort angeschaut. Diese überwiegend durch Plattenbauweise geprägten Quartiere wurden durch die Studierenden mehrmals besucht, erkundet und die Situation der Flüchtlinge vor Ort untersucht.

Erwähnenswert ist hierbei der historische Hintergrund von Winzerla: Hier lernten sich in den 1990er Jahren die drei Neonazis kennen, die die rechte Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bildeten und beschuldigt werden mehrere Morde an Migrant_innen und einer Polizistin in der Bundesrepublik verübt zu haben. Auch saß der mutmaßliche Unterstützer der Gruppe Rolf Wohlleben für die NPD Anfang der 2000er Jahre im Ortschaftsrat Winzerla⁴. Neonazistische und rassistische Übergriffe und Vorfälle hat es immer wieder hier aber auch in Jena-Lobeda gegeben – zuletzt gab es im Juni 2015 einen Übergriff auf ausländische Studierende in Lobeda, der bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte. Dieser Hintergrund hat maßgeblich auch Einfluss auf die Möglichkeit der Etablierung einer sogenannten „Willkommenskultur“ vor Ort.

Die beiden Stadtteile sind Teil des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“. Zur Förderung sozial schwacher bzw. „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ wurden an beiden Orten seit ein paar Jahren Stadtteilbüros und Quartiersmanagement installiert. In deren Zuständigkeit fallen dementsprechend auch die Belange der seit kurzem dort lebenden Flüchtlinge, wobei dieses Engagement auf Eigeninitiative der dort Tätigen erfolgt(e), einen städtischen Auftrag dazu gibt es bisher nicht. Daher haben die Studierenden auch diese zentralen Anlauf- und Mediationsstellen im Stadtteil zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchung genommen und Interviews mit den dort aktiven Akteuren unternommen. Es folgte dazu ergänzend ein Gespräch mit der Verwaltung über deren Sicht auf die gesamtstädtische Situation. Abschließend wurden Interviews mit Flüchtlingen geführt, die in einem der beiden Stadtteile leben. Aufgrund ihrer Herkunft aus dem Irak oder Syrien besitzen fast alle Interviewpartner⁵ bereits einen Aufenthaltstitel und leben in Wohnungen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und Einschränkungen im Zugang zu beispielsweise Bildungseinrichtungen oder

⁴ Vgl. <http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themenid=13&newsid=423>, http://www.jena.de/fm/415/amt25_00.pdf (S. 9); <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/rechtsterrorismus-wo-alles-begann-11541285.html>. 23.07.2015.

⁵ Alles Interviews wurden mit Männern geführt.

Integrationskursen sind für diese Gruppe andere als für Menschen, die sich noch im Asylverfahren befinden, in der Regel in einer Sammelunterkunft untergebracht sind und lediglich eine „Aufenthaltsgestattung“ haben.

Durch die Gespräche haben sich zunächst unterschiedliche Perspektiven zwischen den Akteuren vor Ort und den Flüchtlingen darüber abgezeichnet, wie die Situation für Flüchtlinge in Jena eingeschätzt wird und was die zentralen Bedürfnisse dieser sind. Quartiersmanagement und Verwaltung schätzen die Lage überwiegend positiv ein – Bezug nehmend auf die vielen Organisationen und Ehrenamtlichen, die die Flüchtlinge auf verschiedensten Ebenen unterstützen. Auch die Infrastruktur der Stadt im Generellen bietet alles Grundlegende zur Versorgung der Flüchtlinge. Als zentrale Bedürfnisse der Flüchtlinge werden aus dieser Sicht der Zugang zu Bildung, Arbeit, sozialen Aktivitäten, Wohnungen und Sprachkursen identifiziert. Gleichzeitig wird aber auch eine angespannte, zum Teil rechte Stimmungsmache und Vorurteile in der Bevölkerung thematisiert (gerade in Bezug auf „NSU-Vergangenheit“ in Jena), die einen Austausch, das Willkommen-heißen und Miteinander vor Ort erschweren, zum Teil dem diametral und feindlich entgegenstehen.

Aus den Gesprächen mit den Flüchtlingen selbst ergibt sich ein anderes Bild, woraus sich dann auch das zentrale Thema des Sich-zuhause-fühlens ergeben hat. Im Vordergrund für die befragten Flüchtlinge steht das fehlende Gefühl anzukommen, zur Ruhe zu kommen und sich in diesem neuen Umfeld zuhause zu fühlen. Wesentliche Rolle sowohl für das Bedürfnis als auch der Suche danach spielen die individuellen Erfahrungen des Krieges, der Flucht, der Angst und des Verlustes. Durch diese traumatisierte, junge Vergangenheit geprägt und gezeichnet, sind sie nun in einer ganz anderen Situation, in der sie ihren Alltag gestalten müssen und in denen neue Erwartungen an sie herantreten. Raum und Zeit für Verarbeitung und Aufarbeitung – auch weil die Situation in den Herkunftsländern noch keine andere ist und diese starke Auswirkungen auch hier vor Ort noch auf die Menschen hat – und auch das Kommunizieren über das Erfahrene und Erlebte gibt es gar nicht oder kaum. Einer aktiven Rolle nach außen, in die Stadt und in

den Stadtteil im Sinne etwa des Nutzens von sozialen oder kulturellen Angeboten fällt unter diesen Bedingungen schwer.

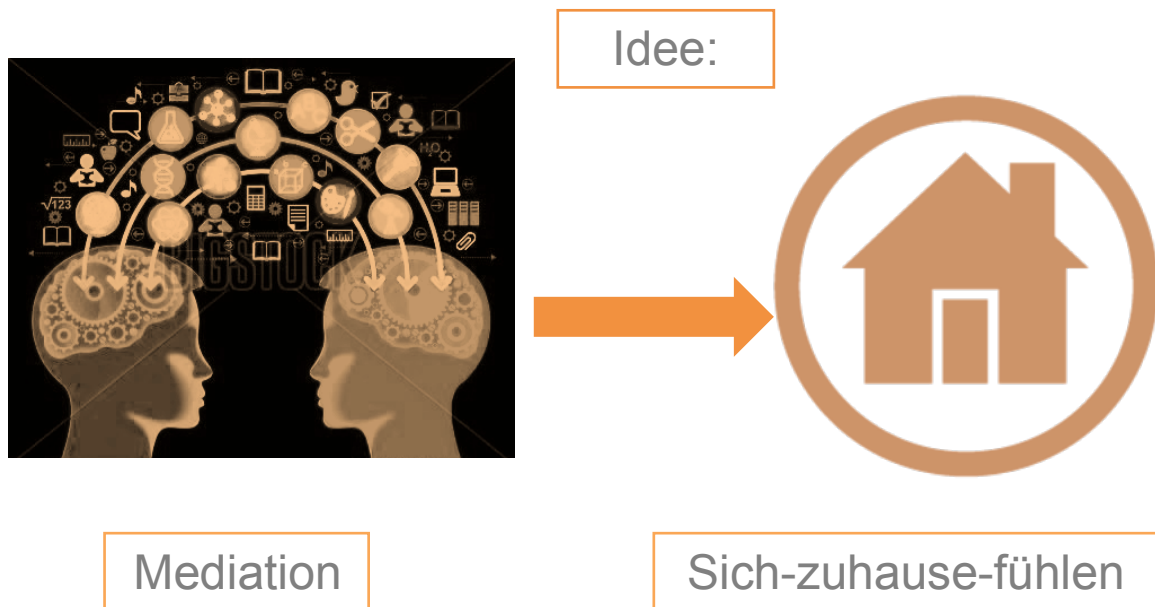


Abbildung 5 Vorschlag für die Situation von Flüchtlingen in Jena (Eigene Darstellung)

Im Ergebnis zeigen sich hier also großen Differenzen in den Vorstellungen davon, was generelle Bedürfnisse der heterogenen Gruppe der Flüchtlinge sind, um ein Ankommen in der Stadt zu ermöglichen und im Gegensatz dazu die individuellen, viel kleinteiligeren, alltagsweltlicheren Wünschen der Flüchtlinge nach mehr als nur Ankommen, nämlich nach dem Gefühl des Sich-zuhause-fühlens. Eine Möglichkeit diese Diskrepanz zu bewältigen, so der Vorschlag der Studierenden, könnte in der Etablierung einer Mediations- bzw. Ombudsstelle bestehen. Dieses wären im besten Fall Menschen mit den entsprechenden Sprachkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen, vielleicht sogar auch Menschen mit ähnlichem Erfahrungshorizont die als Schnittstellen fungieren: einerseits als Ansprechpersonen für Flüchtlinge gerade auch für über physisch-materielle Angelegenheiten hinausgehend, im Sinne eines Menschen, der zuhört, die Probleme ernst nimmt und andererseits aber auch als Mittlerposition, die Bedürfnisse und Problemlagen an relevante Akteure, Sozialarbeiter_innen und die Verwaltung weitergeben kann. Darüber hinaus ist der Ausbau der lediglich *einen* psycho-sozialen Beratungsstelle für Flüchtlinge in Thüringen eine weitere Möglichkeit die Situation zu verbessern.

4.5 Meiningen-Jerusalem

Meiningen ist eine Kreisstadt mit knapp über 20 000 Einwohner_innen südlich des Thüringer Waldes im fränkisch geprägten Süden des Landes im sogenannten Dreiländereck Hessen, Thüringen und Bayern. Als „Mittelzentrum“ ist Meiningen die größte, aber dennoch eher peripher und eher schlecht angebundene Stadt im Landkreis Schmalkalden-Meiningen und gilt als das Kultur- und Justizzentrum Südthüringens. Wirtschaftlich stützt sich die Kommune vor allem auf die Hightech-Branche, den Maschinenbau, den Tourismus sowie auf verschiedene Gesundheitseinrichtungen, allerdings herrschen in der Region ein starker Fachkräftemangel und eine starke Abwanderung von insbesondere jungen Menschen vor. Die Stadt verläuft entlang der Werra sowie der Hauptstraße und hat somit ein relativ kompaktes Stadtbild, das sich von Norden nach Süden ausdehnt und größere Höhenunterschiede aufweist. Meiningen steht wie die anderen kleineren Case Study-Kommunen seit 1990 unter einem enormen Wandelprozess und Veränderungsdruck und kann trotz intensiver Bemühungen bis heute nicht den Schrumpfungsprozess stoppen. Die Stadt sieht sich somit mit einerseits wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen, wie etwa steigende Kosten für lokale Infrastruktur bei sinkenden Steuereinnahmen und manifest hohe Arbeitslosigkeit konfrontiert, andererseits mit einer steigenden Zahl an Flüchtlingen.

Im Norden der Stadt liegt der Stadtteil Jerusalem, in welchem rund 4 500 Bewohner_innen überwiegend in den in Plattenbauweise errichteten Wohngebieten Utendorfer Straße und Kiliansberg, die vorwiegend zwischen 1969 und 1983 entstanden sind, und einem weiter liegenden 1990 errichteten Eigenheimgebiet leben.⁶ Obwohl sich der Landkreis seit 2012 gegen zentrale Unterbringungen ausspricht, konzentriert sich damit in Jerusalem eine größere Gruppe von Flüchtlingen. Vorherige Arbeiten der "Werkstatt Sozialraum" zu Großwohnsiedlungen in Thüringen zeigen, dass auch Jerusalem als Plattenbau-Stadtteil einen insgesamt eher schlechten Ruf in Thüringen hat und offenen Rassismus gegenüber Migrant_innen aufweist.

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Jerusalem_%28Meiningen%29 und <http://www.meiningen.de/index.phtml>, 20.07.2015.

Dagegen ergab die Forschung der Studierenden, dass auf Seiten der ehrenamtlichen Initiativen, der sozialen Träger und zum Teil auch der involvierten Behörden die Hoffnung besteht, dass man die Flüchtlinge auch nach ihrer Anerkennung halten kann, weil diese die leerstehenden Gebäude füllen, als soziale Bereicherung und als wirtschaftlich benötigte Fachkräfte gesehen werden.

Neben dem THINKA-Büro, das sich sozialarbeiterisch dem Stadtteil widmet, gibt es einen neu (2015) gegründeten Freundeskreis Asyl, welcher sich der Integration und Beschäftigung der Flüchtlinge widmet. Auch die „Ausländerbehörde“ sucht nach weiteren Möglichkeiten, Flüchtlinge schneller, effektiver und sozial wie wirtschaftlich nachhaltiger unter zu bringen und zu versorgen und beteiligt sich daher an dem im Dezember 2014 gegründeten Integrationsnetzwerk des Landkreises.⁷⁸

Insgesamt waren zum Stichtag 15.06.2015 im gesamten Landkreis Schmalkalden-Meiningen 635 zugewiesene Flüchtlinge untergebracht. Auf Grund der bundesweiten Prognose zur Entwicklung der Asylbewerberzahlen ist damit zu rechnen, dass am Jahresende bis zu 1 000 Asylbewerber_innen und im Laufe des nächsten Jahres sogar bis zu 1 500 Personen dem Landkreis weiter zugewiesen werden.⁹ Aktuell sind in Meiningen Asylsuchende mit mindestens 20 und in Schmalkalden mit mindestens acht unterschiedlichen Nationalitäten untergebracht, davon sind insgesamt um die 50% der Flüchtlinge Kinder und Jugendliche, viele davon kamen unbegleitet. Dies steht im Kontrast zur deutschen Bevölkerung in Jerusalem, wo die deutsche Bevölkerung eine Altersstruktur mit einem sehr hohen Bevölkerungsanteil in den älteren Jahresgruppen aufzeigt.

In Jerusalem leben zu Beginn der Forschung rund 330 Flüchtlinge, die aus verschiedenen Ländern, hauptsächlich aber aus dem Balkan und Syrien kommen.¹⁰ Allerdings hat das Landratsamt zum Stichtag

⁷ Mike Hemmann (Fachdienstleiter Ausländer- und Personenstandswesen im Landratsamt Schmalkalden-Meiningen), 18.05.2015

⁸ Mike Hemmann ist federführend für die Erstellung und Pflege der Homepage www.integration-ik-sm.de, auf welcher nützliche Daten und Fakten zum Netzwerk für Integration sowie aktuelle Nachrichten, Veranstaltungen und Termine zum Thema Asyl und Integration im Landkreis angeboten werden. Das Netzwerk für Integration engagiert sich für ein besseres Zusammenleben im Landkreis Schmalkalden-Meiningen mit deutschen und nichtdeutschen Bürger_innen sowie Organisationen, Arbeitskreisen und sonstigen – auch privaten Initiativen. Allerdings sind fast alle Informationen bisher nur auf Deutsch.

⁹ Thomas Kranke (THINKA), 06.07.2015

¹⁰ Zahlenmäßig bedeutet dies, dass Flüchtlinge momentan einen Bevölkerungsanteil von 8% an der Gesamtbevölkerung im Wohngebiet Meiningen-Jerusalem ausmachen.

15.06.2015 auch 132 Wohnungen im kompletten Landkreisgebiet (in mittlerweile 13 Kommunen) angemietet. Dennoch stehen die meisten Unterbringungsmöglichkeiten und dabei eher gesammelt in Plattenbaublöcken in den größten Kommunen des Landkreises, Meiningen und Schmalkalden, zur Verfügung. Damit befinden sich die meisten angemieteten Wohnungen in Jerusalem, wo sich auch eines der beiden lokalen ThINKA-Büros befindet.

Da in dieser Studierendengruppe keine arabisch sprechenden Studierenden teilnahmen, fokussierten sich die Studierenden nach dem Sammeln erster Eindrücke vor Ort und einer anschließenden Bestands- und Bedarfsanalyse auf die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und sprachen deshalb hauptsächlich mit den Fachexpert_innen in den lokalen Handelskammern, Behörden, Betrieben, Ausbildungsinstitutionen und Initiativen.

Die Stärken-Schwächen Analyse der Situation in Meiningen ergab folgende wichtige Ansatzpunkte:

<h3>Stärken</h3> <ul style="list-style-type: none"> • Positive und motivierte Atmosphäre seitens der lokalen Akteure • Gute Kommunikationsstrukturen zwischen den lokalen Akteuren, auch aufgrund des Netzwerkes Integration • Die räumliche Nähe im Stadtteil Jerusalem zu den relevanten Ämtern, Behörden und sozialen Trägern • Dezentrale Unterbringung • Die Unterstützung bei der Jobsuche wird unabhängig vom Asylstatus offeriert 	<h3>Schwächen</h3> <ul style="list-style-type: none"> • Viele inter-ethnische Konflikte aufgrund der gesammelten und dichten Unterbringung verschiedener ethnischen Gruppen im dicht bebauten Stadtteil/Block/Etage • Trotz der dezentralen Unterbringungen konzentrieren sich die Flüchtlinge in einem eher peripher und schwer zu erreichenden Stadtteil Meiningens • Meiningen selbst liegt eher peripher – viele Flüchtlinge suchen ein urbaneres und offeneres Umfeld • Viele Mitarbeiter_innen der Institutionen haben keine Kenntnisse der Sprachen der Flüchtlinge und nur wenig und beschränkte Englisch und/oder Französischkenntnisse • Der Stadtteil liegt sehr weit und eher peripher weg vom Stadtzentrum Meiningens • Die Flüchtlinge haben sehr unterschiedliche Berufs- und Bildungsgrade, die gekoppelt mit mangelnden Sprachkenntnissen die Eingliederung in Berufs- und weiterführende Schulen erschwert
<h3>Chancen</h3> <ul style="list-style-type: none"> • Netzwerk Integration • Selbstbild Meiningens als Willkommensstadt • „Erleichterte“ Integration in Kleinstädten, auch durch dezentrale Unterbringungen in eigenen/geteilten Wohnungen • Beitrag zur lokalen Wirtschaft, insbesondere durch das hohe Potential gegen den Fachkräftemangel zu wirken • Zuwanderung durch Flüchtlinge kann Schrumpfungsprozesse und Überalterung der Bevölkerung entgegenwirken 	<h3>Risiken</h3> <ul style="list-style-type: none"> • PEGIDA und andere rechtsextreme Strömungen und Gruppen • Je mehr Flüchtlinge im Landkreis ankommen, desto mehr steigt die Ablehnung und Skepsis der bisherigen Bevölkerung ihnen gegenüber • Die lokale Bevölkerung beneidet die berufstätigen Flüchtlinge (die oft auch einen höheren Bildungsgrad mitbringen) • Viele der Flüchtlinge möchten in Großstädte, wo sie häufig bereits Kontakte haben und auch bessere Arbeits- und Lebenschancen sehen – auch haben viele Flüchtlinge bisher in urbanen Kontexten gelebt und gearbeitet. Viele verlassen daher Meiningen sobald ihr Aufenthaltsstatus geklärt ist • In vielen der Jobs, die an Flüchtlinge vermittelt werden, ist der Grad an Ausbeutung bzw. die Ausbeutungsgefahr groß

Abbildung 6 SWOT-Analyse Meiningen-Jerusalem

Auf der Basis dieser Analyse und den ersten Interviews mit lokalen Expert_innen beschäftigten sich die Studierenden mit Möglichkeiten und Restriktionen bei der Vermittlung in Beschäftigung, unter Einbezug

lokaler, regionaler, landweiter und bundesweiter Programme, Institutionen und Mittel.

Neben dem gesetzlichen Rahmenbedingungen, die vor allem eine Vermittlung und Weiterbeschäftigung, aber auch Beendigung einer Ausbildung oder Praktikums verhindern, erstellten die Studierenden eine Übersicht über beteiligte relevante Akteure und Instanzen in Meinungen und sammelten darüber hinaus best-practice Beispiele aus anderen Bundesländern und Regionen Deutschlands. Die folgende Grafik zeigt die Netzwerke und Kommunikationswege aller in Meinungen aktiven Einrichtungen und Organisationen, die eine Rolle für die Beschäftigung und Ausbildung von Flüchtlingen relevant sind.

Access to labour for refugees in Meiningen

general subject
 methods of work
 results
 proposals and ideas

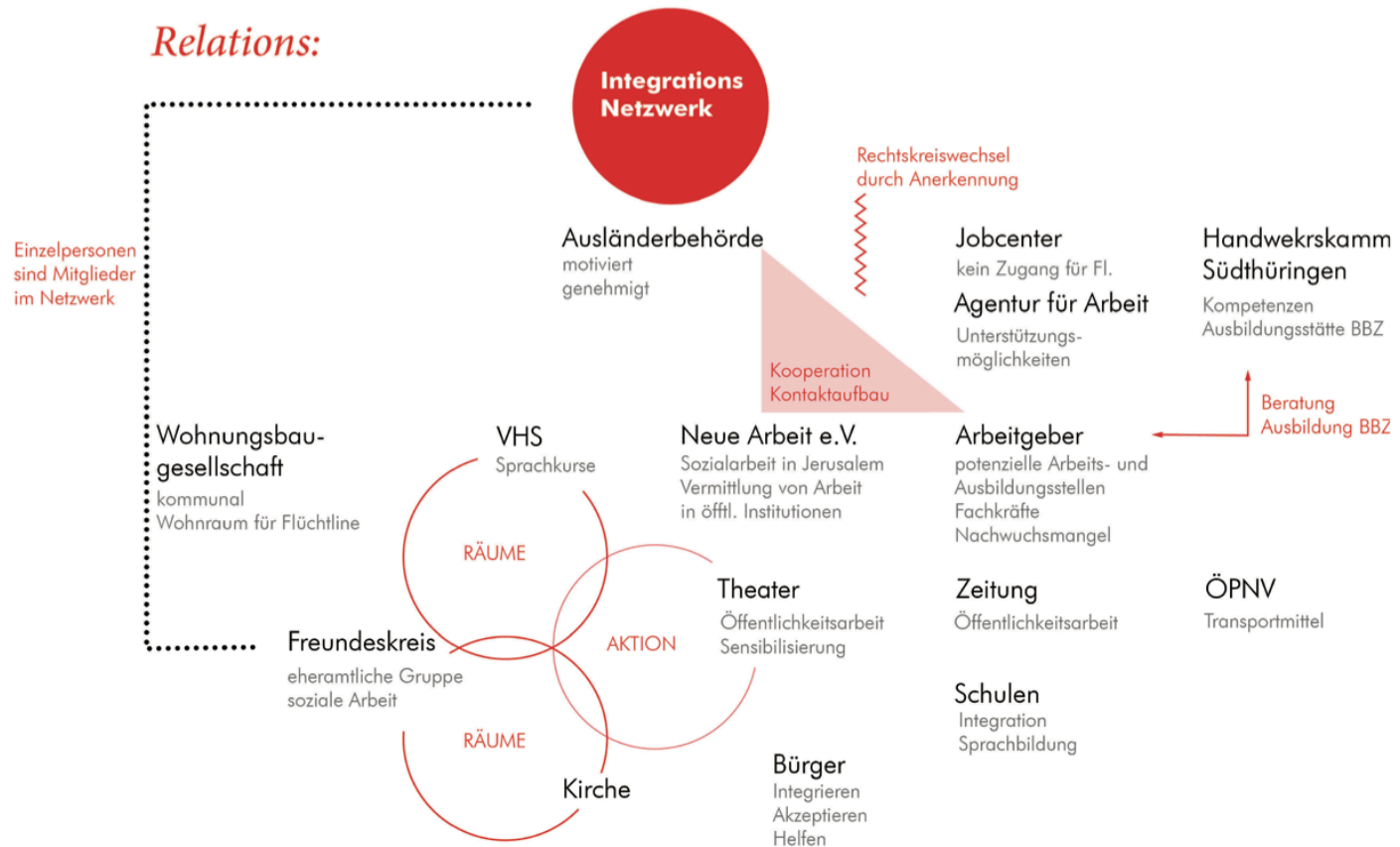


Abbildung 7 Akteure und Aspekte für den Zugang zu Arbeit von Flüchtlingen in Meiningen (Eigene Darstellung)

Als Ergebnis ist für die kommunale Ebene hervorzuheben, dass am wichtigsten das schnelle und ausreichende Erlernen der deutschen Sprache seitens der zu vermittelnden Flüchtlinge, aber auch der Weiterqualifizierung der potentiellen Arbeitgeber_innen hinsichtlich fremdsprachlicher (v.a. Englisch) und interkultureller Kenntnisse ist.

Die abschließenden Empfehlungen, die die Studierenden aus ihrer Analyse erarbeiteten waren daher die Abschaffung der sogenannten Vorrangprüfung¹¹, den Ausbau von Sprachkursen für Flüchtlinge, das Bleiberecht während bestehender Ausbildungsverträge und Praktika, freie Wahl des Wohn- und Arbeitsortes, da viele der Flüchtlinge am Ort ihrer Wahl eher auch ihren erlernten Beruf oder ihr Studium ausüben und weiterführen könnten. Für die ausbildenden, Arbeit gebenden und in die Beschäftigung vermittelnden Akteure empfehlen die Studierenden ebenfalls Sprachkurse in Englisch, zu interkultureller Kommunikation, aber auch eine generelle stärkere Fokussierung auf die mitgebrachten Qualifikationen und Abschlüsse der Flüchtlinge. Diese können auch in einer landkreis- oder Thüringenweiten Datenbank festgehalten werden können, damit sich dort suchende Betriebe nach geeigneten Mitarbeiter_innen informieren und Stellenangebote melden können.



¹¹ „Bei der Vorrangprüfung prüft die zuständige Agentur für Arbeit, ob für einen bestimmten Arbeitsplatz bevorrechtigte Bewerber zur Verfügung stehen. Bevorrechtigt sind Deutsche, EU-Bürger, Bürger aus EWR-Staaten, Bürger aus der Schweiz sowie Drittstaatsangehörige mit unbeschränktem Arbeitsmarktzugang in Deutschland.“ (https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/faq-beschaeftigung-auslaendischer.pdf?__blob=publicationFile, 20.07.2015).

4.6 Mühlhausen

Die Wahl von Mühlhausen für das Projekt „Willkommensstädte“ begründet sich durch das Engagement von Bürger_innen und Akteuren des „Runden Tisch“ bzw. des Arbeitskreises „Soziale Integration“. Während unserer Recherche zum Thema bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge waren wir außerhalb der Großstädte nur auf wenige Adressen gestoßen. Wir haben alle angeschrieben, aber nur eine Rückmeldung bekommen – aus Mühlhausen von Frau Vater. Frau Vater leitet mit ihrem Ehemann den Verein „Miteinander e.V.“, der vom Landrat beauftragt worden ist den Arbeitskreis zu diesem Thema zu organisieren. Im Landkreis wurden auch Arbeitskreise zu verschiedenen Unterthemen der Flüchtlingsaufnahme eingerichtet. Diese Formen der Vernetzung von Politik und den Akteuren des Landkreises ist mancherorts in Thüringen zu beobachten, etwa auch in Meiningen.

Durch Teilnahme an dem dritten Arbeitskreistreffen hatten wir die Gelegenheit, die Aktivitäten und die Personen, die sich für die Flüchtlinge einsetzen, kennenzulernen. Daraus ergaben sich Kontakte, die wir für weitere Besuche nutzen konnten. Unser erster Eindruck von viel Sympathie und Einsatzbereitschaft für die Flüchtlinge, den wir während des Treffens erhielten, zog sich durch alle weiteren Begegnungen in Mühlhausen. Sowohl ehrenamtliche als auch die behördlich Beauftragten haben sich nach unserer Beobachtung in einer Weise der Flüchtlingsbetreuung gewidmet, die sie an die Grenzen des Leistbaren gebracht hat und die nur durch viel Flexibilität und Verantwortungsgefühl in dieser Weise geleistet werden konnte.

Diese Betreuungssituation wird erheblich durch die zentrale Rolle des Ehepaars Vater gewährleistet. Es bestätigt sich also die Annahme, dass es gerade im kleinstädtischen Kontext auf „Ankerpersonen“ ankommt, die in der Stadt gut vernetzt sind und glaubwürdig erscheinen. Die Vereinsstruktur ist jedoch sehr anfällig für Belastungen, was die Grundorganisation betrifft. Mit anderen Worten, von Beginn an wurde uns deutlich, dass die ehrenamtliche Arbeit von Aufgaben der (Selbst-) Organisation entlastet werden müsste. Bis dato war eine personelle Unterstützung durch eine Mitarbeiterin finanziell durch externe Projektförderung abgesichert. Diese Mitarbeiterin engagiert sich nun für dieselben Aufgaben aufgrund persönlicher Motivation ehrenamtlich. Um die Finanzierung der Organisation zu erreichen, wird nun viel Zeit

investiert, um erneut eine projektorientierte Förderung zu erhalten. In Anbetracht der doch begrenzten ehrenamtlichen (Zeit-)Ressourcen ist dies problematisch, da die interkulturellen Kompetenzen dieser Mitarbeiterin in der direkten Flüchtlingsbetreuung benötigt würden.

Es ist in Mühlhausen gelungen, ein Netzwerk von Aktiven zu gründen, das bereits in der kurzen Zeit seines Bestehens einen beachtlichen Lernprozess durchlaufen hat. Hierbei ist hervorzuheben, dass die Teilnahme der Bürger_innen nicht auf Dauer gewährleistet oder eine dringende Erweiterung des Teilnehmerkreises erreicht werden kann, wenn dieser Prozess nicht die notwendige Anerkennung und Unterstützung erhält. Hinsichtlich der Anerkennung wäre eine angemessene Repräsentation in den Medien, durch die politisch Verantwortlichen im Freistaat und andere Institutionen (etwa durch Spenden der Wirtschaft etc.) symbolisch wichtig. Die notwendige Unterstützung bezieht sich auf eine gewisse finanzielle Absicherung jener Tätigkeiten, die das ehrenamtliche Engagement erst ermöglichen können. Das bedeutet aber auch, dass ein dringendes Bedürfnis nach Kommunikation, Austausch und Information vorhanden ist. Sich in einem eher dünn besiedelten Landkreis zu engagieren, erfordert eine Anbindung an landesweite Netzwerke, in denen die Erfahrungen in der direkten Kommunikation mit Flüchtlingen reflektiert werden können, weil hierzu vor Ort nicht genügend Menschen mit interkulturellen Erfahrungen zur Verfügung stehen.

Während der Projektzeit fiel auch die Debatte um die Einrichtung eines landesweit dritten Erstaufnahmeheims in der Görmar-Kaserne (siehe Abbildung 8). Die Demonstration gegen die Umnutzung der Kaserne und die spätere öffentliche Diskussion mit Integrationsminister Lauinger haben darauf verwiesen, dass die Aufnahme der Flüchtlinge in Mühlhausen trotz der oben beschriebenen engagierten Bürger_innen kontrovers betrachtet wird und keineswegs selbstverständlich ist. Vorbehalte gegenüber Flüchtlingen sind auch in den geführten Gesprächen mit den Akteuren und von den Asylsuchenden selbst erzählt worden. Erschwerend kommt hinzu, dass es eine organisierte rechte Szene gibt, die sich beispielsweise aktiv bei der Demonstration vor der Görmar-Kaserne beteiligt hat. Die schnelle und intensive Kommunikation der Verantwortlichen im Kontext dieser Kontroversen, bei denen auch

kein Zweifel an der Akzeptanz der Flüchtlinge gelassen wird, wurde als notwendiger, aber noch nicht hinreichender Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation über das Thema Flüchtlingsaufnahme beschrieben. Eine langfristige und nachhaltige Kommunikationskultur wird als zentral für die Etablierung einer lokalen Willkommenskultur angesehen.

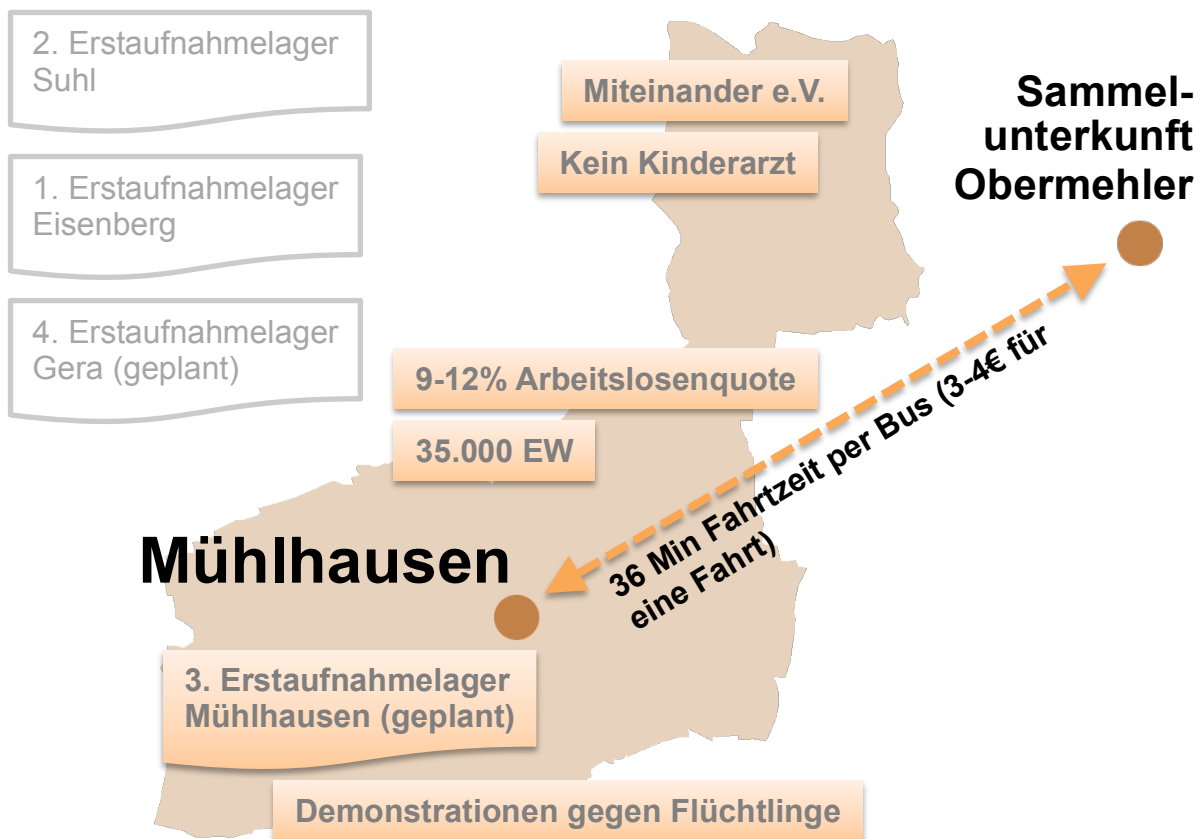


Abbildung 8 Daten Mühlhausen; Verbindung zu Obermehler (Eigene Darstellung)

Kommunikation, so war der erste und immer wieder eindringlich vorgebrachte Aspekt in den Gesprächen insbesondere mit den professionell mit der Flüchtlingsintegration Beauftragten, ist die wichtigste Schnittstelle für alle Themen und Probleme, die es im Zusammenleben zwischen Deutschen und Flüchtlingen gibt. Hierbei ist die Vermittlung von Regeln und Normen ein zentraler Aspekt, der von Seiten der deutschen Interviewpartner_innen hervorgehoben wurde. Insbesondere im alltäglichen Zusammenleben wirkt sich die sprachliche Differenz aus. Hier sind die Kapazitäten von Übersetzungen, Deutschkursen und auch das ehrenamtliche Patenschaftsmodell

überfordert. Das Sprachproblem könnte durch Informationsmaterial über grundlegende Themen der Flüchtlingsaufnahme in den ersten Tagen auf Landesebene angegangen werden, da sich die Fragen in allen Städten und Gemeinden Thüringens ähneln. Hier erscheint eine relativ einfache, eventuell piktografische Lösung vor allem für die weniger ausgebildeten Flüchtlinge sehr hilfreich und auch durch entsprechendes Anschauungsmaterial im Grunde schnell produzierbar zu sein. Jedoch haben die geführten Gespräche auch schnell ergeben, dass Erwartungen an eine solche technische Hilfe eventuell überzogen sind, da viele Ansprüche an das Verhalten der Flüchtlinge nicht wegen sprachlicher, sondern kultureller Fremdheit vermittelt werden können. Sicherlich kann man in alle Sprachen übersetzen, was die GEZ ist, aber der Sinn dieser Gebühren – von denen man Befreiung beantragen will –, ergibt sich nicht durch bloße sprachliche Übersetzung. Insbesondere bei Konflikten um die Nachtruhe, der Mülltrennung und die Wohnungs- und Umfeldsorge stoßen Flüchtlinge und Deutsche aufgrund anderer Lebensgewohnheiten und Normenvorstellungen aneinander. Normenakzeptanz und das Lernen von Regeln scheint hinter der berechtigten Klage über Kommunikationsprobleme einher zu gehen.

Aus der Sicht der interviewten Flüchtlinge haben diese Konflikte einen anderen Stellenwert. Auch sie beklagen die Kommunikationssituation – wie etwa in der folgenden Abbildung von O-Tönen der befragten Personen deutlich wird.

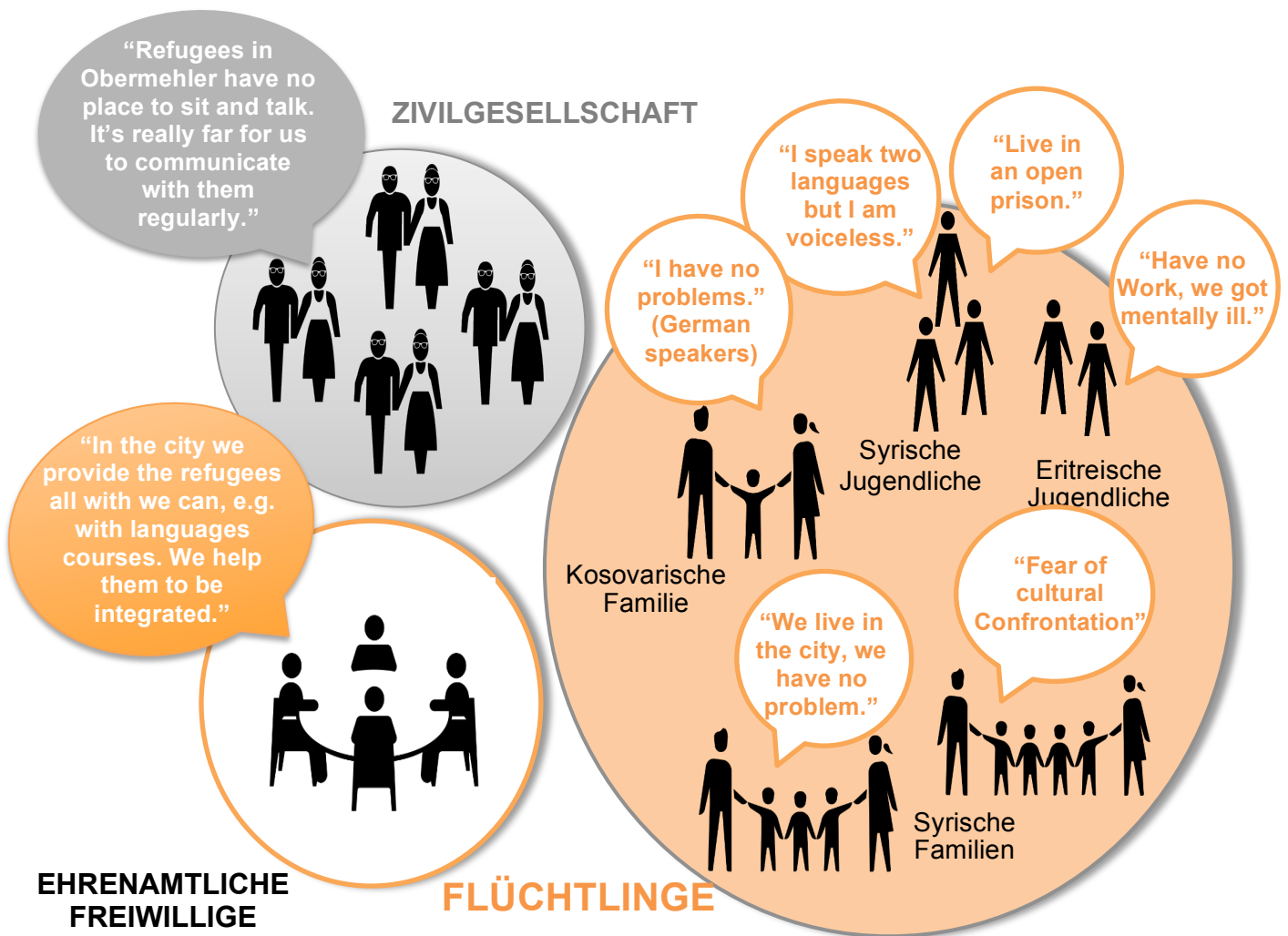


Abbildung 9 O-Töne aus Mühlhausen (Eigene Darstellung)

Hierbei ist aber ein wichtiger Unterschied zwischen der dezentralen (in Mühlhausen) und der zentralen Unterkunft (Obermehler) festzustellen. Auf den Punkt gebracht kann man sagen, dass die Unterkunft in der Abgeschiedenheit von Obermehler bereits jetzt nach wenigen Wochen der Öffnung von den Flüchtlingen als teilweise sehr belastend erfahren wird. Die geographische Distanz zu Mühlhausen und dem Rest der Welt bei gleichzeitigem Mangel an anderen Informations-, Unterhaltungs- und Kommunikationsmöglichkeiten wirkt sich eindeutig negativ auf die psychische Konstitution der Flüchtlinge aus. Dies wurde sehr deutlich in den geführten Interviews vor Ort, teilweise unter Tränen, gesagt. „Ich habe hier das Gefühl, keine Stimme mehr zu haben“, so ein syrischer Architekt. Dies muss auch angesichts der aktiven Sozialarbeit vor Ort konstatiert werden, die diese strukturelle Isolation beim besten Willen

(der vorhanden ist!) nicht kompensieren kann.¹² Ähnliche Klagen gab es von den von uns interviewten, syrischen und eritreischen Flüchtlingen, die in Mühlhausen leben, nicht.

Für die Flüchtlinge spielen deutlich andere Themen eine Rolle, als die vorgebrachten Normenkonflikte auf deutscher Seite. Deutlich wurde das übergroße Interesse an einer aktiven Teilhabe an der deutschen Gesellschaft, insbesondere mit Bezug auf Arbeiten. „Ich würde gerne etwas geben, ich habe noch nie Hilfe von anderen gewollt und genommen. Ich möchte geben, nicht nehmen“, so ein Flüchtling aus Mühlhausen. Viele Flüchtlinge möchten dabei gerne eher auch unternehmerisch tätig werden, als unbedingt nur vorhandene Arbeitsplätze einzunehmen. Eine eigene Autowerkstatt beispielsweise, wäre der Traum von zwei Eritreern in einer Stadt, in der es nur vier Werkstätten gibt. Die Zusammenführung der Familien hingegen spielt insbesondere für die Syrer_innen eine große Rolle und belastet sie erheblich. Für alle ist der ungeklärte rechtliche Status eine schwere Bürde. So kann ein Flüchtling auch nach 11 Jahren legalen Aufenthalt keine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bekommen und somit auch keinen Kredit für sein kleines Unternehmen, das immerhin 13 Menschen beschäftigt.

¹² Die negativen Folgen für die Unterbringung in solchen Unterkünften für die Gesundheit von Flüchtlingen sind etwa durch die Forschungen von Kayvan Bozorgmehr, Universität Heidelberg, nachgewiesen, zudem übersteigen diese die Kosten dezentraler Unterbringung.

5. Ergebnisse

Die sechs unternommenen Studien deuten auf bestimmte Stärken, Schwächen, Möglichkeiten und Risiken in der heutigen Situation hin. Diese sind auf die eine oder andere Weise von den befragten Akteuren selbst geäußert worden und wir wollen sie an dieser Stelle deshalb auf die wesentlichen Aspekte reduziert systematisch (als SWOT-Analyse) wiedergeben. Obwohl Unterschiede – insbesondere bezüglich der Größe und Lage der Städte – feststellbar sind, lassen sich diese wie folgt verallgemeinern:

Stärken: Es besteht eine allgemeine Akzeptanz der Flüchtlingsaufnahme und die Idee einer „Willkommenskultur“ scheint vermittelbar und schließt an ein vorhandenes Selbstbild Thüringens an. Teile der Bevölkerung vertreten dieses auch explizit. Dies trifft vor allem aber auf die von uns interviewten Akteure zu, die wir als engagiert und von der Sache überzeugt wahrgenommen haben. Ausdruck dessen ist oftmals eine über das Erwartbare hinausgehende Aufgabenerledigung und Orientierung an den Problemen der Flüchtlinge. Im Ergebnis ist es damit auch in teilweise „unorthodoxer“ Weise gelungen, um die Unterbringung und Versorgung unter hohem Zeitdruck zu gewährleisten.

Schwächen: Während die materielle Versorgung in der Regel keine unlösbaren Probleme aufweist, wird erst langsam klar, dass die soziale Integration der Flüchtlinge erst am Anfang steht und andere Herausforderungen birgt. Hierbei kann die Integration in den Arbeitsmarkt und in das Bildungswesen als entscheidende Bereiche identifiziert werden, die das Gelingen der Integration entscheiden werden. In vielen Kommunen fehlt es hierzu an Erfahrung und Ressourcen. Darüber hinaus wird vielerorts deutlich, dass die Integration der Flüchtlinge eine Querschnittsaufgabe ist, die sich an einem übergreifenden Konzept der Willkommenskultur orientieren müsste, das aber bislang noch nicht vorliegt.

Möglichkeiten: Besonders hervorzuheben sind die neuen Möglichkeiten, die sich durch ehrenamtliches Engagement und ein gewisses Interesse und auch Sympathie (vor allem mit den syrischen Flüchtlingen) ergeben. Neue Organisationsformen wie „Runde Tische“, „Arbeitskreise“ und Patenschaftsmodelle werden ausprobiert und scheinen bereits einen

Lernprozess von der abstrakten zur konkreten Integrationsarbeit zu vollziehen. Thüringen hat die Chance, die Willkommenskultur auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen und Bürger und verschiedenste Institutionen und Organisationen zu dem Thema zu motivieren und zusammenzubringen. Hierbei sollten vor allem auch die Flüchtlinge als eine Möglichkeit gesehen werden, diesen Prozess aktiv zu gestalten und mit ihren Kompetenzen einen Beitrag zu anderen gesellschaftlichen Problemen (vor allem dem demographischen Wandel, Schrumpfungsprozesse, Arbeitskräftemangel) in Thüringen zu leisten.

Risiken: Nach wie vor mangelt es an Kommunikation zwischen wichtigen Akteuren, mit Bürgern und mit den Flüchtlingen selbst. Vorhandene Vorurteile und Stereotype werden dadurch potentiell bestärkt und der langsame Aufbau von interkulturellen Kompetenzen in Thüringen wird dadurch erschwert. Viele engagierte Akteure und Bürger beklagen zudem, dass sie vom Ausmaß und der Komplexität, aber auch durch die Begegnung mit schwer traumatisierten Flüchtlingen überfordert sind. Hinsichtlich der Problemwahrnehmungen gibt es gegensätzliche Sichtweisen zwischen Flüchtlingen und Deutschen. Während die Asylsuchenden ihre psychischen Belastungen und die fehlende soziale und politische Integration als Problem erfahren, wird diese Sichtweise auf deutscher Seite erst langsam anerkannt. Zu beobachten sind Äußerungen von Ohnmacht und Ratlosigkeit, die die Kommunikation noch weiter verschlechtern.

6. Empfehlungen

Unsere Empfehlungen können nur Anregungen für weitere Diskussionen sein und sind an den Aussagen von Akteuren vor Ort orientiert. Die folgenden Themen sind in den Einzelstudien teilweise detaillierter ausgeführt worden bzw. bedürfen in jedem Fall einer ausführlicheren Diskussion als dies an dieser Stelle möglich ist:

Willkommenskultur: Der Entwurf einer positiv besetzten Sichtweise auf die Flüchtlingsaufnahme scheint für viele Menschen motivierend zu sein und erlaubt es, sich für eine gute Sache zu engagieren. Die weitere (und offensive) Propagierung dieses Selbstbildes eines aufgeschlossenen Thüringens halten wir für dringend geboten.

Integrierte Integrationspolitik: Das Konzept „Willkommenskultur“ muss auf Langfristigkeit und auf ein holistisches Verständnis von Stadtentwicklung ausgerichtet sein. Hierzu gehört eine, wie im ISEK angelegte Orientierung an gesellschaftliche Herausforderungen (Problemorientierung), die neue Formen der kommunalen Gestaltung jenseits von Ämterstrukturen (Problemverwaltung) angeht. Die Willkommenskultur muss dementsprechend stärker als Chance lokaler Entwicklung „nach dem Schrumpfen“ verstanden werden. Hierzu fehlen Konzepte, Ideen, gute Beispiele und eine allgemeine Orientierung.

Der kompetente Flüchtling: Ausgangspunkt eines Konzepts der Willkommenskultur muss eine Perspektivänderung sein, in dem die Kompetenzen der Flüchtlinge zentral stehen. Dies betrifft die Möglichkeiten der unternehmerischen Tätigkeiten, die viele Flüchtlinge gerne entfalten möchten. Diese sind zum Teil mit der Nachfrage des Arbeitsmarktes kompatibel, zum anderen könnten sie aber auch die lokale Wirtschaft innovieren, wenn man ihren professionellen und sozialen Kompetenzen Raum gibt. Die gezielte Nachfrage („Profiling“) nach vorhandenen und auszubauenden Kompetenzen erfordert ein Case Management, das in ein Netzwerk von der Industrie- und Handelskammer, lokalen Unternehmen, Arbeitsagentur, Schulen und Sozialarbeit integriert sein müsste. Hierbei spielt das Lernen von Deutsch eine wichtige Rolle, für die neue Modelle des Unterrichtens (mangels Angebote) gefunden werden sollten.

Flüchtlinge in der Peripherie: Besonders schwierig ist die Lage von Flüchtlingen, die sich an Orten befinden, in denen wenige Menschen leben und kaum jemand Englisch spricht und die zudem schlecht verkehrstechnisch angebunden sind. Hier werden flexible Lösungen für die Kommunikation dringend. Die Nutzung von Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien und der Vernetzung von lokalen Angeboten, vor allem im Bereich der Gesundheitsförderung, sollten entwickelt und ausprobiert werden.

Innovatives Wohnen: Vom Prinzip her ist die Idee des dezentralen Wohnens der richtige Ansatz, um den Integrationsprozess zu beschleunigen. Die Bedeutung von „Dezentralität“ fällt aber in den Landkreisen unterschiedlich aus. So lässt sich teilweise eine „dezentrale Konzentration“ beschreiben, die sich trotz dezentraler Lage dann nicht mehr von einer zentralen Unterkunft wesentlich unterscheidet.

Flüchtlinge haben von großen Schwierigkeiten bei der Suche auf dem Wohnungsmarkt berichtet. Zu empfehlen ist eine offene Diskussion über die beste Unterkunftsform, so lange die Flüchtlinge nicht selbst wählen können. Hierbei sollten auch neue, gemeinschaftliche Wohnformen ins Auge gefasst werden. Für viele Flüchtlinge wären das Gelegenheiten, um sich psychisch und sozial gegenseitig zu unterstützen. Interkulturelle Wohnformen für deutsche und ausländische Jugendliche als eine Form des betreuten Wohnens, oder die Unterbringung bei Privatpersonen müssen sorgfältig überdacht und in Übereinstimmung mit den Betroffenen diskutiert werden.

Kommunikation: Flüchtlinge müssen in Thüringen ein Gesicht und eine Stimme bekommen. Es wäre anzuregen, dass die Selbstorganisation von Flüchtlingen initiiert und unterstützt wird. Es gibt teilweise schon erste Ansätze („Palästinenser in Thüringen“; „Haus des Islam“), die aufgegriffen und langfristig anerkannt werden sollten. Die Geschichten der Flüchtlinge zu sammeln, darzustellen und einer breiteren Öffentlichkeit durch die Medien bekannt zu machen, würde die beklagte Isolation der Flüchtlinge verringern und mehr Sympathie auf beiden Seiten schaffen.

Interkulturelle Kompetenzen: Trotz viel guten Willens und großem Engagement ist es offensichtlich, dass fehlende Erfahrungen mit kultureller Differenz von Akteuren in Organisationen, Behörden und Institutionen einer besseren Kommunikation mit den Flüchtlingen im Wege stehen. Gezielte Angebote für interkulturelles Training sollten entwickelt werden, die die kulturelle Perspektiverweiterung und somit alternative Kommunikationsmuster ermöglichen.

Kulturelle Akzeptanz: Es fehlt weitgehend an Möglichkeiten, dass sich Bürger über das Thema Flüchtlinge, Islam, Asylpolitik und Situation in den Herkunftsländer neutral und direkt (also im Gespräch mit Flüchtlingen oder Menschen aus Syrien oder dem Balkan etc.) informieren können. Mit wandernden Ausstellungen und Veranstaltungen, die auch kulturelle Gemeinsamkeiten verdeutlichen, sollten Schulklassen und interessierten Bürgern ein solches Angebot unterbreitet werden.

Bürgerschaftliches Engagement: Die Landesregierung sollte gezielt jene Städte und Organisationen unterstützen, in denen sich Menschen ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren. Hierbei geht es oftmals nicht um große Beträge, aber eine gewisse Kontinuität und Grundausstattung, etwa für die Koordination der ehrenamtlichen Arbeit, sollte gewährleistet werden. Den ehrenamtlichen Helfern sollte öffentliche Anerkennung zukommen. Die Initiierung von Patenschaftsmodellen sollte gefördert werden. Bestehende Formen des gesellschaftlichen Engagements wie Freiwilliges Soziale Jahr, Praktika u.ä. sollten damit verknüpft werden.

7. Perspektiven

Die politische Lage im Mittleren Osten und in Afrika, als auch die prekären Lebensumstände auf dem Balkan und andernorts werden dazu führen, dass der Flüchtlingsstrom nach Thüringen nicht abreißen wird. Auch eine Verschärfung der Abschiebe- und Grenzmaßnahmen wird nicht verhindern, so der einhellige Tenor der meisten Experten, dass dies geschieht. Die weitere Aufnahme von Flüchtlingen wird dementsprechend zu einem gesellschaftlichen Kernthema der nächsten Jahre. Dabei wird es, so unsere Einschätzung, vermehrt nicht mehr nur um die Flüchtlingsunterbringung und Versorgung mit den Grundbedürfnissen gehen.

Anschließend an den unter Punkt sechs formulierten Empfehlungen steht die Frage aus, in welcher Weise diese Perspektive demokratisch gestaltet werden kann. Hierbei sind alle Institutionen gefragt. Universitäten wie die Bauhaus-Universität Weimar müssen sich hierzu ebenfalls mit ihren Kompetenzen und Möglichkeiten einbringen. Folgende Maßnahmen sind geplant, die Perspektiven für einzelne Akteure, Kommunen und Bürger in Thüringen für eine gemeinsame Arbeit an einer weltoffenen Gesellschaft bieten sollen:

1. **Interkulturelles Wohnen:** Mit einem Studienprojekt im Wintersemester soll, in Kooperation mit dem Verein Akzeptanz e.V. in Gera, ein konkreter Vorschlag erarbeitet werden, wie junge Erwachsene und Flüchtlinge gemeinsame Wohnungsprojekte realisieren können.
2. **Konzept Willkommenskultur:** In der „Werkstatt Sozialraumanalyse“ sollen zu den wichtigsten Themengebieten (Arbeit, Gesundheit, Schule, Wohnen) vorbildliche Beispiele gesammelt werden, so

dass einzelne Kommunen in Thüringen eine Orientierung für das Realisieren der Willkommenskultur angeboten werden kann.

3. „Ungeliebte Nachbarn: Proteste gegen Flüchtlingsheime in Thüringen“. Vier studentische Hilfskräfte sollen mit der Professur untersuchen, wer, wann, wo und vor allem: warum gegen die Aufnahme von Flüchtlingen protestiert.
4. Interkulturelles Training. Zusammen mit der Professur für Kunstdidaktik (Prof. Dreyer) soll ein Konzept für die interkulturelle Lehrerfortbildung entwickelt werden. Dieses Konzept kann auch für andere interkulturelle Trainings angewandt werden (ein Tutorium ist hierfür beantragt)
5. Interkulturelle Begegnung. Zusammen mit der mazedonischen Künstlerin Ivana Sedzemorska soll eine Ausstellung erarbeitet werden, in der Bürger_innen die Gelegenheit haben, sich sachlich über Flüchtlinge zu informieren und mit diesen ins Gespräch zu kommen.
6. Aufnahme syrischer Studierender. Der Lehrstuhl wird sich für die Aufnahme weiterer syrischer Studierender einsetzen, die im Moment auf der Flucht sind. Die Hochschulrektorenkonferenz zählt inzwischen sechzig Universitäten auf, die sich in diese Richtung engagieren. Bislange keine aus Thüringen.
7. Austausch mit Ägypten. In den letzten vier Jahren wurden viele Austauschaktivitäten mit Ägypten, der Türkei, Jordanien und dem Iran ausgeführt. Hierzu soll eine erneute Förderung beim DAAD/Auswärtigen Amt beantragt werden, wobei diesmal der Austausch über die Universitäten hinausgehen soll.